

mancher grundsätzlicher Bedenken auch dem Reichsminister bei seiner Aktion die Unterstützung zugesagt. Das gelte selbstverständlich in erstem Range auch für den Fall einer Volkswahl. Eingedenk glaube, daß die einzelnen Parteien sich in der nächsten Zeit in dieser Frage äußerste Zurückhaltung auferlegen müssen, bis eine Klärung der Meinungen auch in den Kreisen der Opposition eingetreten sei. Dann aber bedürfe es nicht des Unweges, den das Volkswahlgesetz des Jungdeutschen Ordens beschreiten wolle. Bei aller Anerkennung der guten Absichten, von denen die Aktion des Jungdeutschen Ordens geleitet sei, könne die Deutsche Volkspartei ihre Unterstützung hierfür nicht zusagen.

Die deutsche Delegation für den Völkerbundrat
Berlin, 20. Jan. Die deutsche Delegation für den Völkerbundrat wird unter Leitung des Gesandten v. Belsäcker stehen. Weiter werden der Delegation angehören als Völkerbundreferent Geheimrat v. Kampffmeyer, als Sachverständiger für Wirtschaftsfragen Ministerialdirektor Hoffe und Gesandtschaftsrat Ulrich, als Sachverständiger für Ostpreußen Ministerialdirektor Meyer und Geheimrat Koebel, als Sachverständiger für die Mandatsfrage Geheimrat v. Schoen, für die Minderheiten Begationsrat Koebiger und als Sachverständiger für die Saarfragen Begationsrat Voigt. Die Presseabteilung wird vertreten sein durch Regierungsrat Maus.

Führer der englischen Kirche für Streichung der Reparationen
London, 20. Januar. Die Bischöfe der Kirche von England und die Führer der Freien Kirche haben durch den Rat christlicher Geistlicher für soziale Fragen einen dringenden Appell erlassen, in dem sie die Christen in England und anderen Ländern auffordern all ihren Einfluß für die Aufhebung der Reparationszahlungen und internationalen Kriegsschulden geltend zu machen. Sie erinnern daran, daß die englischen Vertreter auf dem Wiener Kongreß nach den napoleonischen Kriegen sich für leichte Bedingungen für Frankreich einsetzten, das seine alten Grenzen behalten durfte, Elb-Lothringen nicht aufgeben mußte, zu rückerhielt und nur eine mäßige Summe zu zahlen hatte. Anders war es in Reparation, wo der Geist der Rache vorherrschte. Die Reparationen, die Deutschland trotz seines dringenden Protestes auferlegt wurden, hätten sich als undurchführbar und ungerecht erwiesen und katastrophale Folgen für Besagte und Sieger gehabt.

Das polnische Rezept
Benachteiligung von Deutschen bei der Verteilung von Gemeindefällen in Polen
Bromberg, 20. Januar. Bei der öffentlichen Versteigerung des Gemeindefalles in Königsrode im Kreise Schubin wurde von dem Schulzen mitgeteilt, daß etwaige Gebote namentlich aufgeführter Deutsche nicht berücksichtigt werden würden. Ein Protestschritt der durch diesen Willkürakt Betroffenen hatte keinen Erfolg. Der Schulze erklärte vielmehr, er handele auf Anordnung „von oben“. Eine Beschwerde an den zuständigen Statisten blieb überhaupt unbeantwortet. Erst auf erneute Beschwerde, die bei der Wojewodschaft eingeleitet wurde, erklärte diese, daß die Benachteiligung der Vertretung von Pächterverträgen für das Gemeindefall dem freien Ermessen des Kreisaußenbüros obliege und daß es keine rechtliche Pflicht zur Angabe der Gründe der Benachteiligung gäbe. Auch einer Reihe von Deutschen, die anfangs mitboten durften, ist nachträglich die Vertretung der von ihnen erstbelegten Pachtungen vom Staate abgelehnt worden.
Das Organ des Deutschtums, die „Deutsche Rundschau in Polen“, wendet sich gegen diesen unerhörten Gewaltakt der polnischen Behörden, der für die deutsche Bevölkerung eine schwere Benachteiligung darstellt, und verweist darauf, daß dieses Vorgehen sowohl den Vorschriften der polnischen Verfassung, die die Gleichstellung aller Bürger vor dem Gesetz vorseht, wie auch dem Artikel 8 des Minderheitenschutzvertrages zumwiderläuft, der ausdrücklich ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion allen polnischen Staatsangehörigen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte zuerkennt.

Unrichtige Auffassungen des polnischen Außenministers
Über die Lage der Minderheiten in Deutschland
Berlin, 20. Jan. Bei der heutigen außenpolitischen Aussprache im auswärtigen Ausschuss des Sejm hat, wie bereits gemeldet, der polnische Außenminister Jazefski u. a. die Behauptung aufgestellt, daß die polnische Bevölkerung in Deutschland der freien Entwicklung ihres kulturellen Lebens beraubt sei. In Erweiterung dieser grotesken Behauptung machte Jazefski noch die seltsame Bemerkung, daß, abgesehen von Oberschlesien, die polnische Minderheit in Deutschland durch keine internationalen Verpflichtungen geschützt sei, obgleich die deutsche Friedensdelegation im Mai 1919 in dieser Hinsicht ziemlich prägnante Verpflichtungen eingegangen sei. Es ist dem Minister also offenbar nichts davon bekannt, daß die preussische Regierung freiwillig und ohne irgendwelche Verpflichtungen oder auch nur Andeutungen einer Bereitwilligkeit, wie sie hier ohne Beweisführung der deutschen Friedensdelegation in Versailles unterstellt werden, mustergültige Schutz- und Kulturanstalten für eben diese polnische Minderheit geschaffen hat.

Auflösung des Jesuitenordens in Spanien?
Paris, 20. Jan. Nach einer Blättermeldung aus Madrid hat der von der Regierung eingesetzte Juristenausschuss zur Prüfung der Frage der verfassungsmäßigen Zulässigkeit der Ausweisung der Jesuiten diese Frage bejaht. Voraussetzungen für die Auflösung des Jesuitenordens in Spanien erscheinen.

Die sowjetrussische Abordnung für die Abrüstungskonferenz
Genf, 20. Jan. Die Sowjetregierung hat dem Völkerbundsekretariat mitgeteilt, daß sie auf der Abrüstungs-

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald:

„Weltkrise und Sozialpolitik“

Berlin, 20. Januar. Am gestrigen Mittwochs sprach Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald im Reichstag über das Thema „Weltkrise und Sozialpolitik“. Der Minister führte aus, daß durch die Krise der letzten Jahre nicht nur die deutsche Sozialpolitik, sondern die Sozialpolitik der ganzen Welt betroffen worden sei. Das schleichende Gespenst der Arbeitslosigkeit habe kein Land der Erde bis heute verschont. Über 20 Millionen Arbeitslose, viele Milliarden jährliche Unterhaltungskosten, das sei das Bild, das der Arbeitsmarkt der Welt nach 17 Jahren eines unbesiegbaren Europas biete. Das sei in beträchtlichem Maße die Folge davon, daß die europäischen Siegerstaaten ein Jahrzehnt lang in der Verwirrung lebten, sie wußten sich als an Deutschland gerichteten. Das sei die Folge, daß man jahrelang nicht gesehen habe, daß wenn Deutschland verarmt, die anderen nicht reich werden könnten, sondern selbst in den Verarmungsprozess hineingezogen würden.

Dieser Verarmungsprozess zeige sich auch auf dem Gebiet der Löhne. Die deutsche Regierung habe in den letzten Jahren Lohnsenkungen zulassen müssen, aber auch das sei keine hohe Leistung, denn kein größeres Industrieland sei von Lohnsenkungen verschont geblieben. Dies gelte nicht zuletzt auch für das klassische Land der hohen Löhne, die Vereinigten Staaten von Amerika. In den Statistiken warte die Steigerung in der industriellen Arbeitsleistung mit der Entwicklung der Löhne im letzten Jahrzehnt verglichen und dabei festgestellt worden, daß in den Vereinigten Staaten die Lohnsteigerung weit hinter der rasend gesteigerten Produktionsleistung zurückgeblieben sei. Während die industrielle Arbeitsleistung im letzten Jahrzehnt um rund 47 Prozent zugenommen hätte, machte die entsprechende Lohnsteigerung 16,8 Prozent aus.

In England, wo die Verhältnisse ähnlich lagen wie bei uns in Deutschland, sei ebenfalls eine starke Abwärtsentwicklung der Löhne zu beobachten. Etwa seit Mitte 1929 hätten sich unter dem Druck der Wirtschaftskrise die Löhne langsam gesenkt und hätten im Dezember 1930 im Durchschnitt 1 bis 2 Prozent unter dem Stand des Jahres 1929 gelegen. Im vergangenen Jahre seien dann weitere Lohnsenkungen erfolgt.

Ausreiserverweigerungen für Memelländer
Memel, 20. Januar. Gest vor drei Tagen verweigerte der Gouverneur des Memelgebietes den beiden Memelländern Landtagsabgeordneten Gobbo und Rittergutsbesitzer Conrad das Ausreisepaß nach Deutschland. Gobbo, der schwer krank ist, wollte ein Sanatorium, Conrad Verwandte in Deutschland besuchen. Nunmehr ist zwei weiteren Memelländern die Ausreisegenehmigung nicht erteilt worden. Der Vizepräsident des Memelländischen Landtags Schulz Meyer und der Landesdirektor a. D. Vorbeck wollten sich zu der Tagung des Völkerbundrates nach Genf begeben, da dort die memelländische Besondere anhängig ist. Der Gouverneur des Memelgebietes hat ihnen heute den Sichtvermerk verweigert.

Nun wieder Brotpreis-Erhöhung?
Weil die Mehlpreise gestiegen sind
Berlin, 20. Januar. Der Germania-Verband der Bäcker hat den Preisentscheidungskommissionar schriftlich darauf hingewiesen, daß seit der letzten Preisvereinbarung die Mehlpreise fast im ganzen Reich um rund zwei Mark gestiegen seien. Diese Steigerung müsse sich unbedingt auf den Brotpreis auswirken, da die Verdienstspanne so weit gesenkt worden sei, daß sie keine Bewegungsfreiheit zulasse. Der Preisentscheidungskommissionar habe sich zwar inzwischen mit dem Reichsernährungsministerium wegen einer Senkung der Mehlpreise in Verbindung gesetzt, jedoch sei noch nichts in dieser Richtung geschehen. Unter diesen Umständen sei eine Erhöhung des Brotpreises unvermeidlich.

Zusammenbruch der Evangelischen Zentralbank
Berlin, 20. Januar. Die Evangelische Zentralbank in Berlin ist in Schwierigkeiten geraten. Die Bank hatte im letzten Sommer, obgleich sie direkt mit dem Zusammenbruch des Deutschem-Kongerns nichts zu tun hatte, vielmehr in der Hauptsache Bank- und Geldabwicklungen für die Organisationen des Zentralauschusses der Inneren Mission vornahm, einen Run zu verzeichnen, der schon damals eine starke Belastungsprobe für das Institut darstellte. Die jetzt eingetretene Illiquidität der Bank soll darauf zurückzuführen sein, daß sie für den Zentralauschuss eine Bürgschaft in Höhe von 800 000 RM gegenüber der Dresdener Bank und der Baukreditbank übernommen habe. Von anderer Seite wird dies bestritten. Man behauptet vielmehr, daß die Bank sich auf Industriebeteiligungen eingelassen habe, die nicht in ihrem Geschäftsbereich gelegen hätten und dabei erhebliche Verluste erlitten habe. Augenblicklich sind Verhandlungen zwischen der Direktion der Bank und dem Zentralauschuss der Inneren Mission im Gange.

Die Staatsanwaltschaft greift ein
Berlin, 20. Jan. Wegen der jetzt zusammengebrochenen Evangelischen Zentralbank, Direktor Paul Kund, ist von der Staatsanwaltschaft I heute ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Kund mußte beim Staatsanwalt zur Vernehmung erscheinen. Es soll sich insbesondere um den Verbauch handeln, daß die Evangelische Zentralbank einen Teil der Gelder, die sie vom Zentralauschuss der Inneren Mission aus dem diesem vom Reich gewährten 8-Millionen-Kredit erhalten hatte, nicht bestimmungsgemäß weiterleitete, vielmehr für eigene Zwecke, Abzahlung von Bankschulden usw., benutzt hat.

Französische Goldabzüge aus New York
New York, 20. Januar. Weitere Goldabzüge der Bank von Frankreich von ihrem New Yorker Goldkonto haben in diesem Tage ein großes Aufsehen erregt. Es handelt sich um insgesamt 125 Millionen Dollar. Die Verschiffungen erfolgen in zehn Sendungen zu je 12,5 Millionen Dollar. Diese Goldabzüge bedeuten jedoch keinen Rückgang der Goldbestände der Federal-Reserve-Banken, da es sich lediglich um Abzüge von den in Amerika liegenden Beständen des französischen Goldkontos handelt.

Auch in Italien seien interessante Beobachtungen festzustellen. Das Zentralkomitee des Korporationsministeriums hätte Ende Oktober keine Verhandlungen über die Sozialpolitik abgeschlossen. Hinsichtlich der Löhne in der Industrie sei festgestellt worden, daß diese — der Lohnbewegung in der ganzen Welt folgend — in Italien soweit gesenkt worden seien, daß eine weitere Reduktion weder möglich noch nützlich erscheine. Zugewogen sei jedoch worden, daß besonders Fälle eintraten würden, in denen Lohnsenkungen vorgenommen werden müßten.

Der Minister betonte zum Schluß, daß der einseitige Sturz auf die Löhne und Gehälter nicht als Heilmittel für die Gesundung der Weltwirtschaft anzusehen sei und daher auch von der Reichsregierung abgelehnt worden wäre. Wir müßten von der Einseitigkeit herunter, daß aber Kartell- und Zollschutz etwas Selbstverständliches seien, daß aber der Lohnschutz unzulässig und das freie Spiel der Kräfte hier allein das Gegebene sei.

Die Verfestigung der Weltwirtschaft gelte nicht zuletzt auch auf sozialpolitischem Gebiete. Die Sozialpolitik würde in Deutschland in Zeiten der Not vielfach für sich allein gesehen, was aber falsch sei. Sie müsse vielmehr als Bestandteil der Gesamtpolitik und der Gewerkschaftspolitik überhaupt gesehen werden. Wir hätten im großen gesehen zwischen drei Möglichkeiten zu wählen, und zwar

1. die Arbeiterschaft würde gleichberechtigt in das private wirtschaftliche System mit ausreichendem staatlichen Schutz einbezogen, oder

2. die Wirtschaftsführung würde immer mehr dem Staat überantwortet, oder aber

3. es würde ein korporatives System mit erhöhter Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der beteiligten Arbeiter- und Arbeitnehmer herausgebildet, bei dem dem Staat eine ähnliche Aufsicht und Kontrolle wie gegenüber der politischen Selbstverwaltung obliege.

Der Einklang in Staat und Wirtschaft und der Einfluß auf deren Entwicklung könnten den Arbeitnehmern nicht vorenthalten werden. Damit bilde sich eine geteilte Verantwortung des ganzen Volkes für Staat und Wirtschaft heraus.

Der polnische Korridor
Eine amerikanische Studie

Berlin, 20. Januar. Die Amerikanerin Frau Rachel Conrad Nelson hat eine Studie über das Problem des polnischen Korridors im Auftrag des National Committee on the Cause and Cure of War, einer der größten Frauenorganisationen der Vereinigten Staaten verfaßt und auszugsmäßig im „Journal de Geneva“ veröffentlicht. In diesem Aufsatz ist die Analyse der Frage besonders bemerkenswert, während die vorgeschlagene Lösung darin besteht würde, der Ueberkreuzung von Souveränitäts- und Verkehrsverhältnissen im Korridor durch eine entsprechende Markierung auf der Landkarte Rechnung zu tragen, für Deutschland naturgemäß ganz unbedeutend wäre. Der Korridor, so führt die Verfasserin aus, ist

ein überaus verzwickeltes Problem, dessen Regelung nach zwölf Jahren polnischer Souveränität noch aussteht und wahrscheinlich erst erreicht wird, wenn Zollschranken und Reisebeschränkungen fallen. Bis dahin bleibt der Korridor das einzig bestehende Beispiel eines Zweinationalen-Verkehrs, dessen Verbesserung eine dringende Notwendigkeit ist. Die Agitation wegen des Korridors läßt nicht nach und die Beschwerden füllen sich auf zwei Punkte. In erster Linie wird geltend gemacht, daß der moderne Verkehr über die Begriffsbestimmung des Verfallener Vertrages hinausgeht: Polen ist noch weiter gegangen, als der Vertrag verlangt. Aber solange nicht dem zunehmenden deutschen Automobil- und Flugzeugverkehr sowie dem Fußgängerverkehr und den anderen Beförderungsmöglichkeiten die gleiche Freiheit gewährt wird, wird der Korridor

eine unerträgliche Quälerei für Deutschland bleiben und weil so viele Einzelpersonen davon betroffen werden, das ganze Volk fortwährend interessieren. Es sind viele Vorschläge zum Bau von Straßen, durchgehenden Chaussees, zur Ausweitung von Verkehrsbeziehungen usw. gemacht worden, aber derartige Pläne verlieren an Wert durch den zweiten deutschen Einwandsgrund, der mehr psychologischer Natur ist und viel schwerer ins Gewicht fällt. Obwohl der gegenwärtige Eisenbahnverkehr eine weitgehende Einheit zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich darstellt, haben die Deutschen bei ihm nicht das Gefühl der Sicherheit und Erleben grundsätzliche Einwände, auf die Korridor zu verzichten ist. Es wird allgemein zugewandt, daß der Korridor einem eigenwilligen militärischen Angriff nicht standhalten könnte; die Unsicherheit spielt deshalb in Friedenszeiten bereits eine Rolle. Im Grunde genommen füllen sich

die Beschwerden Deutschlands jedoch auf die Zerstückelung seines Gebietes durch den Korridor und solange es nicht seine Einheit sieht, kann es sie nicht als Tatsache annehmen. In Deutschland besteht nicht der Wunsch, die jüdische Bevölkerung des Korridors zu beherbergen oder den polnischen Ueberkreuzhandel zu beeinflussen. Dagegen besteht ein einmütiges

Verlangen nach Zusammenhang mit Ostpreußen, nicht zuletzt wegen der traditionellen Stellung dieser Provinz und seiner gegenwärtigen landwirtschaftlichen Schwierigkeiten. Würde der jetzt schon bestehende Zusammenhang durch allgemeine Anerkennung der Transitbestimmungen oder auf anderem Wege auf der Karte herangezogen, so würde die deutsche Agitation zum großen Teil aufhören. Aber auch für Polen würde die Lage günstiger. Nur wenige Leugner Polens Anspruch auf Vornormellen, aber auch nur wenige können sich die Fortsetzung der polnischen Herrschaft unter den gegenwärtigen Umständen auf die Dauer vorstellen und Polen muß dafür durch Kapitalmangel und eine betrübliche Zurücksetzung im internationalen Leben büßen.